

Institute for European Integration Research

Working Paper Series

Österreich und die EU-Erweiterung am westlichen Balkan:

Nationale Präferenzbildung und EU-Verhandlungsstrategien

Jun Saito

Working Paper No. 02/2015

Institut für europäische Integrationsforschung

Strohgasse 45/DG 1030 Wien/Österreich Telefon: +43-1-4277-22401 Fax: +43-1-4277-9224

Email: eif@univie.ac.at
Web: eif.univie.ac.at



Abstract

This paper analyzes Austria's contribution to the integration of the Western Balkans into the European Union (EU). I investigate this research interest by combining liberal intergovernmentalism with theories on how small states conduct foreign policy. The Austrian position to promote EU-accession for all Western Balkan states was established at the beginning of the 2000s, driven primarily by the desire to enhance its security, but also by economic interests. In the relevant EU negotiations, Austria not only used the threat of a veto but also relied on coalition building and side-payment and presented its position as norm-based. However, these strategies did not always lead to satisfactory results for Austria.

Zusammenfassung

Das vorliegende Working Paper analysiert die österreichische Mitwirkung an der Erweiterung der Europäischen Union (EU) am westlichen Balkan. Ich verbinde Einsichten des Liberalen Intergouvernementalismus mit Theorien, die die Außenpolitik von Kleinstaaten konzeptualisieren. Anfang der 2000er Jahre wurde der EU-Beitritt aller westlichen Balkanstaaten eine Priorität der österreichischen Außenpolitik. Die Präferenzbildung ist primär von Sicherheits- und sekundär von Wirtschaftsinteressen geleitet. In den zwischenstaatlichen EU-Verhandlungen hat sich Österreich nicht nur auf Strategien wie Koalitionsbildungen und "side-payments" verlassen, sondern auch auf Vetoandrohungen und auf normenbasierter Argumente zurückgegriffen. Diese Strategien waren jedoch nur teilweise effektiv.

General note:

Opinions expressed in this paper are those of the author and not necessarily those of the Institute

Inhalt

1.	Problemstellung 4
2.	Theoretischer Hintergrund 6
3.	Die österreichische Präferenz zur EU-Westbalkanerweiterung11
4 .	Österreich in den zwischenstaatlichen Verhandlungen15
5.	Schlussbemerkungen20
Lite	eraturverzeichnis22

1. PROBLEMSTELLUNG¹

Die Erweiterung der Europäischen Union (EU) am westlichen Balkan ist ein prioritäres Ziel der österreichischen Außen- und Europapolitik (vgl. BMaA 2002, XIV-XV; 2005, IV; BMeiA 2007, III; BMeiA 26.11.2012; Der Standard 18.12.2013). Trotzdem wurde Österreichs Mitwirkung an der EU-Westbalkanerweiterung sowie die österreichische Westbalkanpolitik in ihrer Gesamtheit bisher kaum einer politikwissenschaftlichen Analyse unterzogen.²

Warum hat sich Österreich für eine EU-Mitgliedschaft der westlichen Balkanstaaten engagiert? Wie wirkte Österreich am Prozess der EU-Erweiterung auf die Region mit? Ich argumentiere, dass der Liberale Intergouvernementalismus gemeinsam mit Theorien der Außenpolitik von Kleinstaaten die österreichische Politik für die EU-Westbalkanerweiterung erklären kann. Zuerst wurde die Bildung der Präferenz zur künftigen EU-Mitgliedschaft aller westlichen Balkanstaaten primär von Sicherheits- und sekundär von Wirtschaftsinteressen geleitet (vgl. z.B. BMeiA 24.05.2013; Bundesregierung 1994, 66-67). Dann hat Österreich auf EU-Ebene Verhandlungen mit den anderen Mitgliedstaaten geführt, um die gewünschten Verhandlungsergebnisse zu erzielen (vgl. Moravcsik 1998, 51). Im Verhandlungstaktiken der Vetodrohung und des "side payment" (vgl. Moravcsik 1998, 63-66), sondern auch die oft von Kleinstaaten angewandte Strategie der Koalitionsbildung und des normenbasierten

⁻

Das vorliegende Working Papier ist eine Überarbeitung der Abschlussarbeit "Umfassende Sicherheitspolitik Österreichs am Beispiel der Politik für die EU-Erweiterung auf den Westlichen Balkan" zum "M6a VertiefungsSE: Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU – Schwerpunkt Österreich und die europäische Nachbarschaftspolitik" (Universität Wien, Wintersemester 2012/2013, LV-Leiter: Florian Trauner). Es stützt sich teilweise auf Saito 2014, 91-94. Ich bedanke mich bei Florian Trauner für die konstruktive Kritik, vor allem den Hinweis auf die Relevanz der Wirtschaftsinteressen für die Präferenzbildung, sowie das Bemühen um die sprachliche und stilistische Korrektur. Ich bedanke mich ebenfalls bei einem/einer anonymen Gutachter/Gutachterin für die kritischen und konstruktiven Kommentare zur ersten Fassung des Papers, vor allem zu den der Herausforderungen für die liberal-intergouvernementalistische Analyse des Problems. Das Working Paper und dessen deutsche Zusammenfassung wurden auch von Jeremias Stadlmeier sowie Walter Herbst sprachlich wie auch stilistisch korrigiert. Auch Katrin Salhenegger korrigierte die englische Zusammenfassung sprachlich und stilistisch. Ich bedanke mich bei ihnen für ihre sprachlichen und stilistischen Korrekturarbeiten. Für das Working Paper ist jedoch ausschließlich der Autor, Jun Saito, sowohl inhaltlich als auch sprachlich verantwortlich.

² Zu einer kurzen Analyse der Europäisierung der österreichischen Jugoslawien- und Westbalkanpolitik vgl. Alecu de Flers 2011, 80-81, 90-91.

Arguments ergriffen (vgl. Alecu de Flers 2011, 14-15; Jakobsen 2009, 86-88; Kramer 2006, 808; Thorhallsson/Wivel 2006, 660; auch vgl. Schimmelfennig 2001, 62-65). Im Verhandlungsprozess zielt Österreich schließlich auf eine Institutionalisierung des Beitrittsprozesses ab (vgl. Moravcsik 1998, 12, 73-75; Buzan/Hansen 2009, 60; Schimmelfennig/Sedelmeier 2002, 503).

Im vorliegenden Working Paper fasse ich zuerst den Liberalen Intergouvernementalismus³ und die Theorien der Außenpolitik von Kleinstaaten zusammen. Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, wie aussagekräftig der Liberale Intergouvernementalismus für die Analyse der EU-Erweiterungsstrategie Österreichs ist, die von Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen geleitetet wird. (vgl. Kramer 2006, 808; Moravcsik 1998, 5-7; Thorhallsson/Wivel 2006, 655). Dann werden die Präferenzbildung und die Mitwirkung an den Verhandlungen in der EU analysiert.

Zur Analyse ziehe ich relevante Äußerungen des Bundeskanzleramtes, des Außenministeriums, des Innenministeriums und der im Parlament vertretenen Parteien heran. In der Fachwissenschaft Internationale Politik (IP) gehen die liberalen Theorien davon aus, dass die staatlichen Institutionen die Beteiligung innenpolitischer Akteure am und ihre Einflüsse auf den politischen Prozess definieren (vgl. Haftendorn 1990, 405; Moravcsik 1993, 481, 483; Steinhilber 2006, 174). In Österreich spielen das Bundeskanzleramt, das Außenministerium sowie das Parlament Schlüsselrollen in Fragen der EU-Erweiterung. Der Bundeskanzler und der Außenminister vertreten Österreich jeweils im Europäischen Rat und im Rat für Allgemeine Angelegenheiten. In diesen Gremien fallen die zentralen Entscheidungen für die EU-Erweiterung (die Unterzeichnung eines Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommens (SAA), der Beginn der Beitrittsverhandlungen, die Eröffnung und Schließung jedes Verhandlungskapitels und schließlich die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags) (vgl. BGBl. I. 21/1997; BGBl. I. 16/2000; 17/2003; 6/2007; 3/2009; 11/2014; BMG 2014 Teil 2 A, B, H). Die SAA und die Beitrittsverträge müssen dann vom Parlament

³ Zur Zusammenfassung des Liberalen Intergouvernementalismus siehe Schimmelfennig 2004 und Steinhilber 2006. Für die Übersetzung der Schlüsselbegriffe ins Deutsche lehne ich mich an Steinhilber 2006 an.

ratifiziert werden. Das Innenministerium ist zuständig für die innere Sicherheit einschließlich den äußeren Aspekten, die, wie gezeigt werden wird, in der Präferenzbildung eine wichtige Rolle gespielt haben (vgl. BMG 2014, Teil 2 H; Luif 2005, 204-205).

Im methodologischen Mittelpunkt steht die Dokumentenanalyse. Die Primäranalyse wird durch Experteninterviews sowie einer Sekundäranalyse ergänzt (vgl. Ueta 2001, 85-86; 2003, 23). Zur Primäranalyse werden Programme der österreichischen Bundesregierung, Berichte der AußenministerInnen, Presseaussendungen des Bundeskanzleramtes und Außenministeriums, Dokumente des Innenministeriums, Stenographische Protokolle des Nationalrates, Redetexte aus außenpolitischen Dokumentationen, Presseaussendungen der im Nationalrat vertretenen Parteien, Medienberichte sowie Sammelbandbeiträge der am Prozess beteiligten PolitikerInnen und BeamtInnen verwendet.

2. THEORETISCHER HINTERGRUND

2.1 Die liberal-intergouvernementalistische Analyse des EU-Erweiterungsprozesses

Der Liberale Intergouvernementalismus ist eine Theorie, die den Prozess der europäischen Integration, d.h. das Pooling (die Einführung der mehrheitlichen Beschlussfassung) und die Delegierung der nationalen Souveränität der Mitgliedstaaten (die teilweise Übergabe der Entscheidungshoheit zu den supranationalen Organen) durch Vertragsreformen zu erklären sucht (vgl. Moravscik 1998, 3-4, 60, 67, 496-501; Schimmelfennig 2004, 81; Steinhilber 2006, 184, 189, 192). Zuerst wird die nationale Präferenz eines Mitgliedstaats von "kollektive[n] innerstaatliche[n] Akteure[n]" (Haftendorn 1990, 405) in dessen Gesellschaft gebildet (vgl. Moravcsik 1998, 3, 22, 24). Dann vertritt der Mitgliedstaat sie in den zwischenstaatlichen Verhandlungen in der EU (vgl. ebenda, 22). Seine "relative Machtposition (relative bargaining power)" (ebenda, 61; Steinhilber 2006, 181) in den Verhandlungen wird von "dessen Präferenzintensität (its preference intensity)" (Moravcsik 1998, 62; Steinhilber 2006, 181) definiert (vgl. Moravcsik 1998, 61-62): Je höher die Präferenzintensität ist, desto mehr ist er

zum Kompromiss bereit, um ein Verhandlungsergebnis zustande zu bringen (vgl. Moravcsik 1998, 3, 62-63). Um dies zu erreichen, kann er auf eine Vetoandrohung, eine "Ausschlussdrohung" (Steinhilber 2006, 182) durch Koalitionsbildung gegenüber den Verhandlungspartnern und ein "side payment" zurückgreifen (vgl. Moravcsik 1998, 3, 62-66; ebenda 2006, 182-183).

Der Liberale Intergouvernementalismus ist für die Analyse der Erweiterung im Allgemeinen und der österreichischen Mitwirkung an der EU-Erweiterung am Westbalkan im Speziellen anwendbar, da in den Verhandlungen jeder Mitgliedstaat ähnlich wie bei einer EU-Vertragsreform ein Veto einlegen kann (vgl. Moravcsik 1998, 60-61; Schimmelfennig 2004, 86).

Es gibt jedoch drei Unterschiede: *Erstens* ist die Erweiterung, d.h. die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU, nicht mit der Vertiefung innerhalb der EU vergleichbar (vgl. Moravcsik 1998, 1-2; Schimmelfennig 2004, 81; Steinhilber 2006, 189-190). In *The Choice for Europe* werden die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien ausschließlich im Zusammenhang mit der Integration, beispielsweise der gemeinsamen Agrarpolitik, der Analyse unterzogen (vgl. Moravcsik 1998, 159-313; Schimmelfennig 2004, 86).

Zweitens gilt der Befund Moravcsiks, dass die Präferenzbildung primär von Wirtschaftsinteressen geleitet sei (vgl. Moravcsik 1998, 5-7; siehe auch Schimmelfennig 2004, 78-79; Steinhilber 2006, 179-180), nicht bei der Erweiterung. Der Frieden und die Stabilität in anliegenden Ländern sind neben dem wirtschaftlichen Wohlergehen wichtige Zielsetzungen (vgl. Füle 2010, 2-3, siehe auch Nugent 2004, 4-6).

Drittens legt Moravcsiks liberal-intergouvernementalistische Analyse ohne plausiblen methodologischen Grund das Hauptaugenmerk auf die drei "großen" Mitgliedstaaten, Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Die Mitwirkung der kleinen Mitgliedstaaten wie Österreich (vgl. Kramer 2006, 808) wird weniger tiefgehend analysiert (vgl. Moravcsik

1998, 2, 77-85; vgl. auch Panke 2010, 5-6). Dieser methodologische Zugang wird in der Debatte über die Europapolitik von Kleinstaaten kritisiert (vgl. Panke 2010, 5-6; auch Thorhallsson/Wivel 2006, 655).

Die Auseinandersetzung mit dem Wesen der europäischen Integration, der Fokus auf nationalstaatliche Interessen und die Bedeutung des Machtkonzepts machen den Liberalen Intergouvernementalismus für die Analyse der österreichischen Mitwirkung an der EU-Erweiterung am Westbalkan anwendbar. *Erstens* fokussiert die Analyse auf die Institutionalisierung der Erweiterung (vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier 2002, 503-504).⁴ Ein Schritt einer Institutionalisierung ist zum Beispiel die Verabschiedung der Thessaloniki-Agenda, die ein Bekenntnis der Mitgliedstaaten zur Erweiterung am Westbalkan verlangt (vgl. Fouréré 2013, 1; Saito 2014, 93). Moravcsik betrachtet die Integration – das Pooling und die Delegierung – als eine Institutionalisierung von Verhandlungsergebnissen, welche für die Mitgliedstaaten verpflichtend sind (vgl. Moravcsik 1998, 12, 73-75).

Zweitens schließt der Liberale Intergouvernementalismus die von Sicherheitsinteressen geleitete Präferenzbildung nicht a priori aus (vgl. Moravcsik 1998, 24-50). Moravcsik erkennt den geopolitischen Interessen immerhin sekundäre Bedeutung zu (vgl. Moravcsik 1998, 5-7, 24-50, 473-479). Frank Schimmelfennig weist darauf hin, dass das Primat der Wirtschaftsinteressen im Liberalen Intergouvernementalismus mit dessen empirischer Grundlage, nämlich der wirtschaftlichen Integration, zu tun habe (vgl. Schimmelfennig 2004, 78). Nicht zuletzt argumentiert Moravcsik in einer gemeinsamen Analyse der EU-Osterweiterung mit Milada Anna Vachudova die Relevanz der geopolitischen bzw. sicherheitspolitischen Interessen für die Präferenzbildung (vgl. Moravcsik/Vachudova 2003, 43, 50). Ebenfalls argumentiert Schimmelfennig in seiner teilweisen liberal-

-

⁴ Schimmelfennig und Sedelmeier definieren "Institutionalisierung" als "the process by which the actions and interactions of social actors come to be normatively patterned." (Schimmelfennig/Sedelmaier 2002, 503; vgl. auch Buzan/Hansen 2009, 60).

intergouvernementalistischen Analyse der Erweiterung auf Mittel- und Osteuropa sowie die Türkei die Relevanz der Sicherheitsinteressen (vgl. Schimmelfennig 2001, 48-49, 50, 58, 66).⁵

Drittens wird die Machtposition Verhandlungsprozess Liberalen im im Intergouvernementalismus, wie oben schon erwähnt, nicht von jeglicher "Größe", sondern Präferenzintensivität definiert (vgl. Moravcsik 1998, 61-62). In Zusammenfassungen von Schimmelfennig und Steinhilber wird sie nicht als unabhängige Variable für Verhandlungsergebnisse betrachtet (vgl. Schimmelfennig 2004, 76-81; Steinhilber 2006, 175-184). Schimmelfennig inkludiert sowohl die großen als auch die kleinen Mitgliedstaaten in seine auf dem Liberalen Intergouvernementalismus und dem soziologischen Institutionalismus aufbauende "rhetorical entrapment"-Theorie, die die EU-Osterweitung zu erklären versucht (vgl. Schimmelfennig 2001, 49-53, 58-66).6

2.2 Einfluss der kleinen EU-Mitgliedstaaten auf Bargains

Die Bargaining-Theorie des Liberalen Intergouvernementalismus (vgl. ebenda, 60) kann mit Theorien der Außenpolitik von Kleinstaaten (vgl. Alecu de Flers 2011, 14-15; Jakobsen 2009, 86-88; Kramer 2006, 808; Thorhallsson/Wivel 2006) bereichert werden, um die Verhandlungsstrategien kleiner EU-Mitgliedstaaten wie Österreich (vgl. Kramer 2006, 808) der Analyse zu unterziehen. Die "Kleinstaaten" müssen ihre benachteiligte Machtposition verbessern, um ihre Interessen effektiv zu vertreten (vgl. Alecu de Flers 2011, 14-15; Jakobsen 2009, 84; Luif 2006, 882). Nicole Alecu de Flers fasst die bisher diskutierten verschiedenen Verhandlungsstrategien der kleinen EU-Mitglieder zusammen (vgl. Alecu de Flers 2011, 14-15). Dazu zählen das normenbasierte Argument, die Bereitstellung personeller und

⁶ In einer gemeisamen Analyse der EU-Osterweiterung mit Milada Anna Vachudova argumentiert Moravcsik, dass kleine Migliedstaaten "die wichtigen (*core*) Mitgliedstaaten und die reicheren Länder" (Moravcsik/Vachudova 2003, 52, Übersetzung von J.S.) durch die Vetoandrohung "*side paymants*" einlösen lassen können (vgl. ebenda, 52-53).

⁵ Ich verdanke Florian Trauner das Verständnis der Entrapment-Theorie Schimmelfennigs.

⁷ Es gibt keine allgemein akzeptierte Definition des "Kleinstaats" (vgl. Thorhallsson/Wivel 2006, 652).

finanzieller Ressourcen und die Koalitionsvermittlung (vgl. ebenda, 15). Davon ausgehend⁸ gebe ich einen Überblick über die Theorien hinsichtlich der Interessensdurchsetzung kleiner EU-Mitglieder in zwischenstaatlichen Verhandlungen. Erstens können sie ihre Interessen gemeinsam mit anderen Mitgliedern mit vergleichbaren Interessen vertreten (vgl. Alecu de Flers 2011, 15; Kramer 2006, 808; Luif 2006; 882; Thorhallsson/Wivel 2006, 660). Baldur Thorhallsson und Anders Wivel weisen auf den Vorteil einer Koalition mit mächtigen AkteurInnen wie der Kommission und großen Mitgliedstaaten hin (vgl. Thorhallsson/Wivel 2006, 660). Anders als der Liberale Intergouvernementalismus ist der Zweck der Koalitionsbildung nicht die Ausschlussdrohung. Peter Viggo Jakobsen zufolge sollen die kleinen Mitgliedstaaten eine Koalitionsbildung vermitteln, ohne ihre eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen (vgl. Jakobsen 2009, 87-88: siehe auch Alecu de Flers 2011, 15). Zweitens können die kleinen Mitgliedstaaten in einem Politikbereich, in dem sie international als Vorreiter anerkannt sind, Einfluss nehmen (vgl. Jakobsen 2009, 86-87). Für die Anerkennung sind ein langjähriges, aktives und erfolgreiches Engagement und die entsprechende Expertise notwendig (vgl. ebenda, 87, 91). Drittens können sie die Politik in der EU durch normenbasierte, wertemäßige und innovative Initiativen beeinflussen (vgl. ebenda, 87). Viertens können sie ein gewünschtes Verhandlungsergebnis erzielen, indem sie personelle und finanzielle Ressourcen für dessen Umsetzung bereitstellen (vgl. ebenda, 88; siehe auch Alecu de Flers 2011, 15).

Zum Schluss lässt sich der Liberale Intergouvernementalismus an die Analyse der österreichischen Mitwirkung an der EU-Erweiterung am Westbalkan so anpassen: Österreich zielt in den zwischenstaatlichen EU-Verhandlungen darauf ab, eine Institutionalisierung der EU-Westbalkanerweiterung zu erreichen (vgl. Schimmelfennig 2004, 82). Dafür kann Österreich als kleiner EU-Mitgliedstaat nicht nur auf eine Vetoandrohung, eine Ausschlussdrohung und ein "side payment", sondern auch auf Strategien der

-

⁸ Alecu de Flers geht etwa auf nicht alle von Peter Viggo Jakobsen diskutierten Strategien der kleineren EU-Mitglieder ein (vgl. Alecu de Flers 2011, 15; Jakobsen 2009, 86-88).

⁹ Schimmelfennig stellt fest, "the analytical separation of substantive bargaining and institutional choice is questionable" (vgl. Schimmelfennig 2004, 82).

Koalitionsbildung, der Koalitionsvermittlung, des Auftritts als Vorreiter, des normenbasierten Arguments und der Bereitstellung der materiellen Ressourcen und Expertisen zurückgreifen.

3. DIE ÖSTERREICHISCHE PRÄFERENZ ZUR EU-WESTBALKANERWEITERUNG¹⁰

Österreich gilt als "driver" (vgl. Schimmelfennig 2001, 49) der EU-Erweiterung am Westbalkan. Aus Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen tritt Österreich seit dem EU-Beitritt am 1. Jänner 1995 dafür ein. Im Dezember 1994, kurz vor dem EU-Beitritt, verabschiedete die damalige Bundesregierung das Weißbuch, ein Zielkatalog der österreichischen EU-Politik (vgl. Luif 1995, 336). Zu den EU-politischen Zielen zählte der mittelfristige Abschluss eines Europaabkommens mit Kroatien, das eine EU-Beitrittsperspektive anbot (vgl. BMaA 1995, 1-2; Bundesregierung 1994, 67; Ueta 2000, 132). Damals unterstützte Österreich die Osterweiterung im Allgemeinen aus politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt sicherheitspolitischen (d.h. Stabilisierung der politischen Lage) Gründen Bundesregierung 1994, 66-67). Die wirtschaftliche Entwicklung wurde in erster Linie als Mittel für die politische Stabilität betrachtet (vgl. ebenda, 66).

Das Außenministerium war es, das die Präferenzbildung in den Fragen der EU-Westbalkanerweiterung führte. In einem Beitrag zum Österreichischen Jahrbuch für Politik 1996 stellte Albert Rohan, der damalige Generalsekretär des Außenministeriums, fest, dass die EU-Mitgliedschaft die einzige Alternative für die Stabilisierung der Region und deswegen "d[as] dringende[n] österreichische Interesse" sei (Rohan 1997, 543). Auf Regierungsebene unterstützte im Dezember 2002 der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel bei der konstituierenden Sitzung der 22. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates diese EU-Beitrittsperspektive (vgl. Stenographisches Protokoll XXII. GP NR 1. Sitzung 20.12.2002, 49). Die Erweiterung im Allgemeinen "ist ein wichtiger Beitrag zu Frieden und Stabilität, gerade in

-

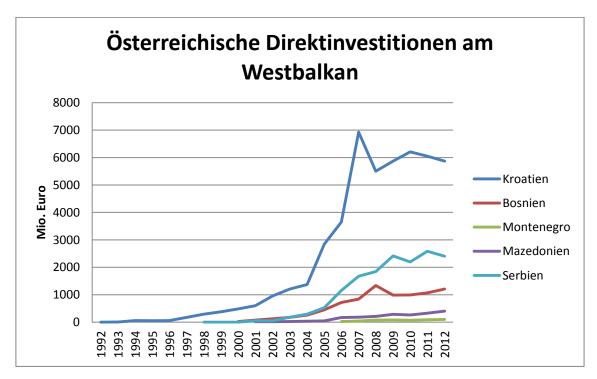
¹⁰ Siehe dazu:. Saito 2014, 92.

unserer Zone Europas, wo es Krieg, Gewalt, Vertreibungen, Enteignungen gegeben hat", und "zur inneren Sicherheit" (ebenda, 46, Kursivierung und Fettschrift im Original). Seither ist die EU-Erweiterung am westlichen Balkan ein formelles Ziel der Bundesregierung (vgl. Arbeitsprogramm 2013, 71; Regierungsprogramm 2003, 4; Regierungsprogramm 2007, 8; Regierungsprogramm 2008, 241).

Die Westbalkanerweiterung ist auch im Parlament bis auf Ausnahme der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) kaum in Frage gestellt worden (vgl. Die Grünen 01.05.2014; Stenographisches Protokoll XXII. GP NR 115. Sitzung 06.07.2005, 78; XXIII. GP NR 16. Sitzung 22.03.2007, 44; NR 46. Sitzung 30.01.2008, 246). Im Juni 2007 schlug der damalige BZÖ-Abgeordnete Herbert Scheibner eine "maßgeschneiderte Kooperation" mit einigen westlichen Balkanstaaten vor (Hauptausschuss 19.06.2007, 6). Im Oktober 2013 forderte Franz Obermayr, FPÖ-Abgeordneter zum Europäischen Parlament, aufgrund einer von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) durchgeführten Meinungsumfrage die Einstellung der Beitrittsverhandlungen und Heranführungshilfen für die Türkei, wobei er zugleich die negative Haltung der Öffentlichkeit zum Beitritt "diverser Westbalkanländer wie Albanien und Bosnien" erwähnte (FPÖ 18.10.2013). Die FPÖ begrüßte hingegen aus kulturellen und/oder religiösen Gründen eine EU-Mitgliedschaft Kroatiens und Serbiens (vgl. FPÖ 26.01.2011; 26.06.2013). In ihrer Regierungszeit verhinderten jedoch weder die FPÖ noch das BZÖ die Heranführung westlicher Balkanländer an die EU. In der Opposition stimmten sie im Nationalrat außerdem z.B. den SAA mit Montenegro und Albanien zu (vgl. Stenographisches Protokoll XXIII. GP NR 59. Sitzung 08.05.2008, 213, 217). Die Ratifikation des Beitrittsvertrags mit Kroatien wurde trotz der Gegenstimmen der fünf FPÖ-Abgeordneten, die geregelte Entschädigung für die vertriebenen eine AltösterreicherInnen forderten, im Nationalrat beschlossen (vgl. FPÖ 04.07.2012).

Die österreichische Präferenz zur künftigen EU-Mitgliedschaft westlicher Balkanstaaten ist von Sicherheitsinteressen geleitet. In den letzten Jahren lässt sie sich auch auf ein Wirtschaftsinteresse, d.h. die seit 1992 wachsenden Direktinvestitionen, zurückführen (vgl.

BMeiA 12.05.2010; 24.05.2013; zum Investitionswachstum siehe Grafik 1). Die primären Ziele sind jedoch die Stabilisierung der Region, die Kriminalitätsbekämpfung und die Migrationskontrolle, wobei die wirtschaftliche Entwicklung stets als eine notwendige Bedingung für die Sicherheit betrachtet wird (vgl. BMaA 2003, 43; 01.09.2003; 2004, X, 43; BMeiA 2007, III; 2008, IV-V; 02.06.2010; 2011, 11-12; 24.05.2013; 31.10.2013; Stenographisches Protokoll XXIII. GP NR 13. Sitzung 07.03.2007, 25).



Quelle: OeNB 2014

In sicherheitspolitischer Hinsicht wird die EU-Erweiterung als eine Maßnahme für politische Stabilisierung betrachtet. Der ehemalige Bundeskanzler Alfred Gusenbauer hielt die Beitrittsperspektive westlicher Balkanstaaten für einen Stabilisierungsfaktor in der Region (vgl. Stenographisches Protokoll XXIII. GP NR 13. Sitzung 07.03.2007, 25). Bei Bosnien-Herzegowina und Serbien wurde die Beitrittsperspektive alsHebel jeweils für die Stärkung des Zentralstaats und für die Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo betrachtet (vgl. BMeiA 03.05.2012; 29.11.2012). Der Beziehung Belgrads und Prištinas zueinander war schon vor der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo eine gesamtregionale Bedeutung zuerkannt worden (vgl. Stenographisches Protokoll XXIII. GP NR 30. Sitzung 06.07.2007, 102). In

Serbien erwartete Österreich von der EU-Beitrittsperspektive die Eindämmung des Nationalismus, von dem befürchtet wurde, dass ihm die Unabhängigkeit des Kosovo Auftrieb geben könnte (vgl. BKA 19.02.2008).

Seit den 2000er Jahren werden auch Probleme der inneren Sicherheit wie die organisierte Kriminalität und illegale Migration als jene Herausforderungen wahrgenommen, die Österreich durch die EU-Erweiterung, d.h. die Reform des Justiz- und Sicherheitswesens der westlichen Balkanstaaten, bewältigen soll (vgl. BMeiA 2010, 7; 31.10.2013; Declaration 2007, 45; EU Strategy Declaration 2006, 21).

In den Fragen der Beziehungen der EU zu den westlichen Balkanstaaten hat Österreich den differenziellen Ansatz "der Konditionalität" (Jandl 2003, 11) dem Gesamtansatz "de[s] Regional Approach" (ebenda, 5) präferiert, ohne den letzteren unter Berücksichtigung der geografischen Nahbeziehungen der westlichen Balkanstaaten zueinander und ihrer strukturellen Vergleichbarkeit außer Acht zu lassen (vgl. ebenda, 7-9; siehe auch Schüssel 30.04.1997, 13). Dieser Präferenz liegen die unterschiedliche "wirtschaftliche[n] wie [...] demokratiepolitische[n] Entwicklung" und "Europäisierung" (Jandl 2003, 9) jedes einzelnen Landes sowie die Interessen der Staaten des ehemaligen Jugoslawien bzw. des westlichen Balkans zugrunde (vgl. ebenda, 7-8): Erstens durften die engeren Beziehungen der reformfortgeschrittenen Länder zur EU von den weniger reformorientierten Ländern nicht beeinträchtigt werden ("Geiselnahme im regionalen Ansatz" (Schüssel 30.10.1998, 154)) (Jandl 2003, 8). Zweitens war "eine[r] Re-Jugoslawisierung" (ebenda) aus österreichischer Sicht wegen der jüngsten Kriegsvergangenheit damals kaum zumutbar (vgl. ebenda, 7-8).

Österreich gestaltete die EU-Westbalkanpolitik im Sinne seiner Präferenz mit. Im Februar 1996, als der Rat das Regionalkonzept als politische Leitlinie annahm (vgl. ebenda, 10), setzte Österreich dennoch einen Passus "gleichzeitig die Besonderheiten der jeweiligen Länder [zu] berücksichtigen" (Rat Allgemeine Angelegenheiten 1996) durch (vgl. Jandl 2003, 9). Dann, im April 1997, wirkte Österreich als Initiator an den Schlussfolgerungen des Rats mit, die

deutliche Priorität auf das Konzept der Konditionalität gegenüber dem Regional Approach,setzten (vgl. ebenda, 11, 16-17; Rat Allgemeine Angelegenheiten 1997).

4. ÖSTERREICH IN DEN ZWISCHENSTAATLICHEN VERHANDLUNGEN

In den 1990er Jahren ging die österreichische Position zu den westlichen Balkanstaaten trotz der positiven Vorstellung auf nationaler Ebene nicht so weit, dass es in der EU eine Initiative für die Beitrittsperspektive westlicher Balkanstaaten ergriff (vgl. Jandl 2003, 5-17). Sie war auch kein Thema der ersten österreichischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1998. Wegen der Bedeutung für die europäische Sicherheit und Stabilität schenkte sie zwar dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens "die besondere Aufmerksamkeit" (Programm der österreichischen Präsidentschaft 1998, 60), Österreich hatte jedoch nicht vor die Konfliktlösung im Kosovo, die Umsetzung des Dayton-Paris-Abkommens in Bosnien-Herzegowina und die Stabilisierung in Mazedonien durch das Angebot der Beitrittsperspektive zu fördern (vgl. ebenda, 60-61). Sogar Kroatien wurde nicht mehr als "d[er] Intensivierung des Verhältnisses zur Union" angeboten (ebenda, 61). Tatsächlich ergriff die damalige österreichische Ratspräsidentschaft keine Initiative für ein Europaabkommen mit Kroatien (vgl. BMaA 1999, 14-16, 40-58). Diese Zurückhaltung war möglicherweise auf ein Kosten-Nutzen-Kalkül zurückzuführen: Österreich wollte nicht durch für die Mehrheit der EU-Mitglieder nicht akzeptable pro-kroatische Initiativen die Beeinträchtigung seines politischen Einflusses in der EU riskieren (vgl. Jandl 1996, 21).

Im Mai 1999 initiierte die Europäische Kommission einen Stabilisierung- und Assoziierungsprozess (SAP), den der Rat im Juni 1999 zur Kenntnis nahm (vgl. Council of the European Union 1999; Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1999; Jandl 2003, 22-24). Der SAP hat "eine Perspektive zur weiteren Annäherung an die EU und letztlich zur vollständigen Integration in die europäischen Strukturen" geöffnet (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1999, 4). Österreich begrüßte den Prozess vor allem wegen seines differenziellen Ansatzes (vgl. Jandl 2003, 22; Rohan 23.06.1999, 123).

Seither setzt sich Österreich ständig für die konsequente Fortführung des Beitrittsprozesses ein, da eine glaubwürdige EU-Beitrittsperspektive erstens den radikalen Nationalismus verhüten, zweitens die Reformen vor allem im Bereich der inneren Sicherheit beschleunigen und drittens die österreichischen Direktinvestitionen fördern kann (vgl. BMeiA 02.06.2010; 24.05.2013). Während seiner zweiten EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2006 erzielte Österreich die Wiederbestätigung der in der Thessaloniki-Agenda aus dem Jahr 2003 versicherten EU-Beitrittsperspektive aller westlichen Balkanstaaten (vgl. Fouréré 2013, 1; Saito 2014 93). Damals war nach dem negativen Ausgang der französischen und niederländischen Referenden über den Verfassungsvertrag (vgl. Die Presse 14.03.2006) die Skepsis gegenüber einer Erweiterung der EU verbreitet (vgl. BMaA 15.03.2006). Im März 2006 beschloss das informelle Außenministertreffen in Salzburg im Beisein der Außenminister der westlichen Balkanstaaten die "Salzburger Erklärung", die die durch die Thessaloniki-Agenda bestätigte EU-Beitrittsperspektive der westlichen Balkanstaaten "bekräftig[t]" (Salzburger Erklärung 2006; auch vgl. ebenda). Frankreich und die Niederlande schwächten jedoch die Salzburger Erklärung durch die Verbindung der Erweiterung am westlichen Balkan mit "ihre[r] (EU's Anm. von J.S.) Aufnahmekapazität" (Salzburger Erklärung 2006) der EU erfolgreich ab (vgl. Die Presse 11.03.2006).

In den letzten Jahren stagnierte der Beitrittsprozess wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise, des griechisch-mazedonischen Namenstreits und des slowenisch-kroatischen Grenzstreits um die Bucht von Piran (vgl. BMeiA 14.10.2009; 2010, 45; 17.01.2010; 12.05.2010). Um den Heranführungsprozess trotz "d[er] Balkanmüdigkeit" (BMeiA 02.06.2010) in der EU in Schwung zu bringen, ergriff der damalige Außenminister Michael Spindelegger im Frühjahr 2010 gemeinsam mit dem damaligen griechischen Premier- und Außenminister Giorgos Papandreou eine Initiative für ein "Westbalkan-Jahr 2010" (BMeiA 22.01.2010). Die Initiative hat den EU-Beitritt aller westlichen Balkanstaaten bis 2020 zum Ziel (vgl. ebenda). Im Juni

-

¹¹ Dazu vgl. Saito 2014, 92, 93.

2010 fand der Westbalkan-Gipfel in Sarajevo statt, was Österreich als Bestätigung der Beitrittsperspektive betrachtete (vgl. BMeiA 02.06.2010).

Was die einzelnen Westbalkanländer angeht, ist die Heranführung Kroatiens und Serbiens für Österreich von besonderer Bedeutung. Kroatien, das am 1. Juli 2013 der EU beigetreten ist, sollte das Vorbild für die anderen westlichen Balkanstaaten sein (vgl. BMaA 02.08.2005; BMeiA 26.03.2013). Außerdem wollte Österreich ihnen durch die Fortsetzung des kroatischen Beitrittsprozesses die Beitrittsperspektive glaubhaft machen (vgl. BMaA 16.11.2006).

Im März 2005 konnte Österreich wegen der mangelhaften Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Haager Tribunal, der ausständigen Verhaftung und Auslieferung des ehemaligen Generals Ante Gotovina, den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien am 17. März 2005 nicht durchsetzen (vgl. BMaA 2005, 3; 2006, 2). Stattdessen musste es sich mit einer Taskforce für die Evaluierung der kroatischen Zusammenarbeit mit dem Tribunal zufrieden geben (vgl. BMaA 2006, 2). Im Oktober 2005 begannen die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien (vgl. ebenda).

Kroatiens EU-Mitgliedschaft war für Österreich so wichtig, dass im Juni 2008 sich die damalige Außenministerin Ursula Plassnik für den Beitritt noch vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eintrat (vgl. BMeiA 24.06.2008). Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der damalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy betrachteten weitere Erweiterungen nach dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens unter dem damals gültigen Vertrag von Nizza als nicht möglich (vgl. Stern 20.06.2008). Plassnik hingegen war der Auffassung, dass die EU Kroatien nur durch "die institutionellen Anpassungen" wie jene "d[er] Sitzzahl im Europäischen Parlament und d[es] Stimmengewicht[s]" aufnehmen könnte (BMeiA 24.06.2008).

Österreich betrachtete Serbien als "Schlüssel" zur Stabilität der gesamten Region (vgl. BMaA 15.09.2006). Im September 2006 erarbeiteten Österreich und die mitteleuropäischen EU-

Mitgliedstaaten der Regionalen Partnerschaft (siehe unten) gemeinsam ein "Food-for-Thought Paper on Possible Measures in Support of Serbia", um dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen einen Denkanstoß für die Heranführung Serbiens an die EU zu geben (vgl. BMaA 14.09.2006; 15.09.2006; Food-for-Thought Paper 2006).

Im Februar 2007 erzielten Österreich und seine mitteleuropäischen Partnerstaaten eine Lockerung der Bedingung für die Wiederaufnahme der SAA-Verhandlungen, die gerade unter seiner Ratspräsidentschaft wegen der mangelhaften Zusammenarbeit Belgrads mit dem Haager Tribunal ausgesetzt worden war (vgl. BMaA 12.02.2007a; 12.02.2007b; BMeiA 2007, 34). Beim Ratstreffen wurde eine Bedingung für die Wiederaufnahme, "eine[r] rückhaltlose[n] Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien" (Rat der Europäischen Union 2007, 13) festgelegt. Die Staaten der Regionalen Partnerschaft waren der Auffassung, dass eine Verhaftung und Auslieferung Ratko Mladićs für die "rückhaltlose Zusammenarbeit" nicht notwendig sei, da er wie General Gotovina möglicherweise ins Ausland geflohen wäre (vgl. Interview 23.07.2009; 22.09.2009; Der Standard, 12.02.2007). Im Juni 2007 wurden die SAA-Verhandlungen nach der serbischen Erklärung über seine Bereitschaft ohne Verhaftung und Auslieferung Mladićs zur Kooperation mit dem Tribunal im Einklang mit der Position der Regionalen Partnerschaft wieder aufgenommen (vgl. BMeiA 2012, 76; Europäische Kommission 2013).

In den letzten Jahren unterstützte Österreich Serbien bei der Annäherung an die EU, indem es sich für die Verleihung des Kandidatenstatus und den Beginn von Beitrittsverhandlungen engagierte (vgl. BMeiA 2012, 76; BMeiA 18.12.2013). Gemeinsam mit Frankreich und Italien setzte sich Österreich dann auch erfolgreich für die Verleihung des Kandidatenstatus ein (vgl. BMeiA 2012, VI; 2013, 70).

In den zwischenstaatlichen Verhandlungen hat Österreich neben dem normenbasierten Argument für die Thessaloniki-Agenda durch die Salzburger Erklärung die Strategie der Koalitionsbildung ergriffen, um seinen Positionen politisches Gewicht zu verleihen (vgl. Luif

2006, 882). Seit dem Beitritt hat Österreich nach Koalitionspartnern gesucht, um seine Interessen wirksam zu vertreten (vgl. Ferrero-Waldner 2005, 479-480; siehe auch BMI 28.04.2008). Die Regionale Partnerschaft ist eine Koalition, die den an ihr beteiligten Ländern stärkeres politisches Gewicht innerhalb der Union verleihen soll (vgl. Luif 2006, 882). In den 2000er Jahren vertrat Österreich seine Interessen in den Fragen der EU-Erweiterung am westlichen Balkan gemeinsam mit den mitteleuropäischen Partnerstaaten. Die koordinierte, gemeinsame Interessenvertretung war Ziel einer Initiative der ehemaligen österreichischen Außenministerin Benita Ferrero-Waldner zurückgehende Regionale Partnerschaft, an der sich neben Österreich Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn beteiligten (vgl. BMaA 06.06.2001; Luif 2007b, 24-27, Saito 2014, 93).12 Der westliche Balkan war ein wichtiges und schließlich das einzige Thema der Partnerschaft (vgl. BMaA 01.07.2004; Lang 2006, 8; Růžička/Kořan 2006, 34, Saito 2014, 94). Die Stabilisierung am Westbalkan ist wegen der geografischen und kulturellen Nähe ein gemeinsames Interesse der Partnerstaaten (vgl. Ferrero-Waldner 2005, 488; Interview 23.07.2009). Im März 2005 setzten sich die Staaten der Regionalen Partnerschaft auf österreichische Initiative hin für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien im März 2005 ein (siehe oben) (vgl. Interview 23.07.2009). Danach wurde die Heranführung Serbiens an die EU das Anliegen der Regionalen Partnerschaft (siehe oben). Im September 2006 wurde basierend auf einer slowakischen Initiative das Food-for-Thought Paper ausgearbeitet (siehe oben) (vgl. Interview 23.07.2009). Im Februar 2007 setzten die Partnerstaaten auf österreichische Initiative die Lockerung der Bedingung für die Wiederaufnahme der SAA-Verhandlungen durch (siehe oben) (vgl. BMaA 12.02.2007a).

Nachdem die Zusammenarbeit in der Regionalen Partnerschaft faktisch eingestellt wurde (vgl. Koukal 2007; Die Presse 23.04.2010; Saito 2014, 94), hat Österreich seine Interessen gemeinsam mit Griechenland, Italien, Frankreich und der Slowakei vertreten. Für die Verleihung des Kandidatenstatus an Serbien setzte sich Österreich trotz der Bedenken von "Deutschland, d[en] Niederlanden, Rumänien, Litauen und Großbritannien" mit Frankreich

-

¹² Zur Regionalen Partnerschaft auch vgl. Saito 2014, 93-94.

und Italien ein (BMeiA 27.02.2012). Gemeinsam mit der Slowakei setzte es sich für den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien im Laufe des Jahres 2012 ein. Dabei vertrat Österreich die Position, dass Griechenland und Mazedonien den Namensstreit nicht vor dem Verhandlungsbeginn, sondern bis zum EU-Beitritt Mazedoniens beilegen sollten (vgl. BMeiA 10.07.2012).

Zudem griff Österreich auf die Vetoandrohung und das "side payment" zurück, um im Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien durchzusetzen. Es sollte diese mit dem im Dezember 2004 vom Europäischen Rat festgelegten Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei festlegen (vgl. BMaA 2005, 4; Die Presse 01.10.2005; 03.10.2005; 04.10.2005a; 04.10.2005b; Luif 2007a, 376).

5. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Erweiterung der EU am westlichen Balkan wurde Anfang der 2000er Jahre eine Priorität der österreichischen Außenpolitik. Sie ist primär von Sicherheitsinteressen (politische Stabilisierung, Kriminalitätsbekämpfung und Migrationskontrolle) und sekundär von Wirtschaftsinteressen (die Förderung der Direktinvestitionen) geleitet. Seit der Einführung des Stabilisierung- und Assoziierungsprozess zielt Österreich auf die EU-Mitgliedschaft aller westlichen Balkanstaaten ab. Um die gewünschten Verhandlungsergebnisse zu erzielen, hat sich Österreich nicht nur auf die Koalitionsbildungen und das "side payment" verlassen, sondern auch auf die Vetoandrohung und das normenbasierte Argument zurückgegriffen.

Österreichs Bemühungen waren nicht immer sehr erfolgreich. Die SAA-Verhandlungen mit Serbien wurden zwar ohne Verhaftung und Auslieferung Ratko Mladićs wieder aufgenommen (vgl. BMeiA 2008, 33-34), jedoch brachte dieser Erfolg keine eindeutige Heranführung Serbiens an die EU mit sich. Die Unterzeichnung und Ratifikation des SAA wurden zudem wegen der mangelhaften Kooperation Belgrads mit dem Tribunal verzögert (vgl. BMeiA 2009,

38; 2010, 6). Der Ratifikationsprozess wurde erst im Juni 2010 nach seiner positiven Bescheinigung in Gang gesetzt (vgl. BMeiA 2011, 11). Die gemeinsame Initiative des Westbalkan-Jahres 2010 mit Griechenland gab keinen erweiterungspolitischen Schwung (vgl. BMeiA 2011, 10-12). Was die Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien betrifft, zog Österreich sogar das gemeinsame Anliegen mit der Slowakei nachträglich zurück. Im Dezember 2012 trat nun der damalige Außenminister Spindelegger für die "Lösung" des Namensstreits vor dem Verhandlungsbeginn ein (BMeiA 10.12.2012). Im Gegenteil zu dieser ziemlich bescheidenen Erfolgsbilanz der Regionalen Partnerschaft und der Koalitionen mit kleineren Mitgliedstaaten, erzielte Österreich durch die Koalition mit den zwei großen Mitgliedern Frankreich und Italien die Verleihung des Kandidatenstatus an Serbien (vgl. Panke 2010, 15). Die tatsächliche Wirkung der durch das normenbasierte Argument erzielten Salzburger Erklärung bleibt eine offene Frage.

Was den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien betrifft, mag man darauf schließen können, dass Österreich durch die Kombination der Vetoandrohung und des "side payment" dieses Ziel erreichte. Die Entscheidung für die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien fiel jedoch nach der positiven Beurteilung seiner Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal durch dessen damalige Chefanklägerin Carla Del Ponte (vgl. Die Presse 04.10.2005b). Es ist nicht festzustellen, inwieweit das österreichische taktische Manöver für das Verhandlungsergebnis (mit-)entscheidend war.

Wie kann Österreich seine erweiterungspolitischen Interessen wirksamer vertreten? Sollte Österreich öfter Zuckerbrot ("side payment") und Peitsche (Vetoandrohung) kombinierend einsetzen (vgl. Moravcsik 1998, 63-66; Moravcsik/Vachudova 2003, 52-53), mächtige Koalitionspartner finden (vgl. Thorhallsson/Wivel 2006, 660) oder seine Interessen noch tiefer in den normativen Kontext der EU setzen (vgl. Alecu de Flers 2011, 15; Jakobsen 2009, 87)? Beispielsweise scheint die Berufung auf die Thessaloniki-Agenda argumentativ zu wenig

überzeugend zu sein, um die erweiterungsskeptischen Mitgliedstaaten rhetorisch in die Enge treiben zu können (vgl. Alecu de Flers 2011, 15; Schimmelfennig 2001, 62-76).¹³

LITERATURVERZEICHNIS

IV-3 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXIII. GP, Beratungen des *Hauptausschusses* in Angelegenheiten der Europäischen Union (Auszugsweise Darstellung), 19. Juni 2007.

Alecu de Flers, Nicole (2011). EU Foreign Policy and the Europeanization of Neutral States. Comparing Irish and Austrian Foreign Policy, London/New York.

Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018. Erfolgreich. Österreich., Dezember 2013.

Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird, in. *BGBl. I Nr.* 21/1997, 127-130.

Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986, das Bundesgesetz über die Errichtung eines Bundesministeriums für Bauten und Technik und über die Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien, das Behörden-Überleistungsgesetz sowie das Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft mit beschränkter Haftung und die Verfügung über bundeseigene Liegenschaften einschließlich Mietwohngebäuden (BIG-Gesetz) und mit dem das Bundesfinanzgesetz 1992 und das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird, geändert und das Bundesgesetz über die Einrichtung eines Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und über die

_

¹³ Alecu de Flers integriert Schimmelfennigs Entrapment-Theorie in die Theorien der kleinstaatlichen Außenund Europapolitik (vgl. Alecu de Flers 2011, 15).

Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien, das Bundesgesetz über die Errichtung eines Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, das Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 geändert wird sowie damit für Familien, Jugend und Konsumentenschutz erlassen werden, und schließlich das Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich einzelner Bundesministerien getroffen werden, aufgehoben werden (Bundesministeriengesetz-Novelle 2000), *BGBl. I Nr.* 16/2000, in: BGBl., Teil I, 31. März 2000, Wien, 63-75.

Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (Bundesministeriengesetz-Novelle 2003), *BGBl. I Nr. 17/2003*, in: BGBl., 25. April 2003, Wien, 93-98.

Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (Bundesministeriengesetz-Novelle 2007), *BGBl. I Nr. 6/2007*, 22. Februar 2007, Wien.

Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (Bundesministeriengesetz-Novelle 2009), *BGBl. I Nr. 3/2009*, 30. Jänner 2009.

Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (Bundesministeriengesetz-Novelle 2014), *BGBl. I Nr. 11/2014*, 17. Februar 2014.

Bundeskanzleramt (BKA) (2008). Gusenbauer: "Die Unabhängigkeit des Kosovo ist eine Realität. Wir werden diese Realität anerkennen.", 19. Februar 2008.

Bundesministeriengesetz (BMG), Fassung vom 16.10.2014.

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMaA) (1995). Außenpolitischer Bericht 1994. Bericht des Ministers für auswärtige Angelegenheiten, Wien.

BMaA (1999). Außenpolitischer Bericht 1998. Bericht des Ministers für auswärtige Angelegenheiten, Wien.

BMaA (2001). Ferrero-Waldner plädiert für "Regionale Partnerschaft", 6. Juni 2001.

BMaA (2002). Außenpolitischer Bericht 2001. Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik, Wien.

BMaA (2003). Außenpolitischer Bericht 2002. Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik, Wien.

BMaA (2003). Botschafterkonferenz 2003, Rede der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten Dr. Benita Ferrero-Waldner anlässlich der Botschafterkonferenz, Wien, 1. September 2003.

BMaA (2004). Außenpolitischer Bericht 2003. Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik, Wien.

BMaA (2004). Ferrero-Waldner empfängt tschechischen Außenminister Cyril Svoboda in Wien, 1. Juli 2004.

BMaA (2005). Außenpolitischer Bericht 2004. Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik, Wien.

BMaA (2005). Plassnik: "Kroatien hat Vorbildfunktion für Südosteuropa", 2. August 2005.

BMaA (2006). Außenpolitischer Bericht 2005. Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik, Wien.

BMaA (2006). Plassnik: "Salzburg zeigt: Die Europäische Union macht am Balkan einen Unterschied", 15. März 2006.

BMaA (2006). Plassnik: "Kraftvolles Zeichen gelebter Nachbarschaft", 14. September 2006.

BMaA (2006). Plassnik: "Ermutigungsbotschaft der EU an Serbien", 15. September 2006.

BMaA (2006). Plassnik: "Kroatien auf klarem Kurs Richtung EU-Mitgliedschaft", 16. November 2006.

BMaA (2007). Plassnik: "Politisches Engagement der Nachbarn für Balkan wichtig", 12. Februar 2007a.

BMaA (2007). Plassnik: "Signal der Ermutigung für Europaweg Serbiens", 12. Februar 2007b.

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) (2007). Außenpolitischer Bericht 2006. Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik, Wien.

BMeiA (2008). Außenpolitischer Bericht 2007. Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik, Wien.

BMeiA (2008). Plassnik: "Europa mitverantworten und mitgestalten", 24. Juni 2008.

BMeiA (2009). Außenpolitischer Bericht 2008. Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik, Wien.

BMeiA (2009). Spindelegger: "Kroatien auf ihrem klaren Kurs Richtung EU-Mitgliedschaft", 14. Oktober 2009.

BMeiA (2010). Außenpolitischer Bericht 2009. Bericht des Ministers für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien.

BMeiA (2010). Spindelegger kündigt Westbalkan-Initiative an – Kroatien bald in EU?, 17. Jänner 2010.

BMeiA (2010). Spindelegger: "Guter Auftakt für Westbalkan-Jahr 2010", 22. Jänner 2010.

BMeiA (2010). Spindelegger: "Keine Warteraum-Politik gegenüber dem Westbalkan", 12. Mai 2010.

BMeiA (2010). Spindelegger: "Nicht den pro-europäischen Kräften die EU-Karte aus der Hand schlagen", 2. Juni 2010.

BMeiA (2011). Außen- und Europapolitischer Bericht 2010. Bericht des Ministers für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien.

BMeiA (2012). Außen- und Europapolitischer Bericht 2011. Bericht des Ministers für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien.

BMeiA (2012). APA: Spindelegger zuversichtlich bei Kandidatenstatus für Serbien, 27. Februar 2012.

BMeiA (2012). Spindelegger: "Mehr Europa" für Bosnien und Herzegowina, 3. Mai 2012.

BMeiA (2012). APA: Spindelegger: EU-Beitrittsgespräche mit Mazedonien noch 2012 beginnen, 10. Juli 2012.

BMeiA (2012). Rede von Vizekanzler und Außenminister Dr. Michael Spindelegger vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, Parlament, 26. November 2012.

BMeiA (2012). APA: Serbischer Premier: "Keine Alternative zu Normalisierung mit Kosovo", 29. November 2012.

BMeiA (2012). APA: Spindelegger für EU-Beitrittsgespräche mit Mazedonien und Serbien, 10. Dezember 2012

BMeiA (2013). Außen- und Europapolitischer Bericht 2012. Bericht des Ministers für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien

BMeiA (2013). Spindelegger: "Kroatien ist Wegbereiter für den gesamten Balkan", 26. März 2013.

BMeiA (2013). Lopatka: "Österreich Top-Investor in Westbalkanstaaten", 24. Mai 2013.

BMeiA (2013). Lopatka: "EU-Erweiterungsprozess am Westbalkan entscheidend für Österreich", 31. Oktober 2013.

BMeiA (2013). Kurz: EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien wichtiges Signal an die Region, 18. Dezember 2013.

Bundesministerium für Inneres (BMI). (2008). Platter: Bei der Sicherheit können Polen und Österreich nur gemeinsam gewinnen, 28. April 2008.

Die Bundesregierung (1994). Weißbuch der Bundesregierung, Wien, im Dezember (Ausschnitte), in: *BMaA* (Hg.). Österreichische außenpolitische Dokumentation, Nr. 6/94, Dezember 1994, Wien, 58-85.

Buzan, Barry/Lene Hansen (2009). The Evolution of International Security Studies, Cambridge.

Council of the European Union (1999). Conclusion on the Development of a Comprehensive Policy on the Commission Communication on "the Stabilisation and Association Process for Countries of South-Eastern Europe", 2192nd Council Meeting General Affairs, Luxembourg, 21st and 22nd June 1999.

Declaration on the Establishment of the Group of the Friends of the Salzburg Forum from the Western Balkan, Pleven, 21st September 2007, in: Federal Ministry of the Interior (Hg.). Salzburg Forum 2008: Information Brochure, Vienna, 45-46.

Europäische Kommission (2013). Serbien, 21. Jänner 2014. http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/serbia/index_de.htm (13. Februar 2015)

EU Strategy Declaration of the Salzburg Forum, Göttweig, 28 July 2006, in: Federal Ministry of the Interior (Hg.). Salzburg Forum 2008: Information Brochure, Vienna, 19-21.

Ferrero-Waldner, Benita (2005). Die Regionale Partnerschaft. Österreichs Nachbarschaftspolitik als Baustein der Europäischen Integration, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Günther Burkett-Dottolo/Stefan Karner (Hg.) Österreichisches Jahrbuch für Politik 2004, Wien/München, 477-492.

Food-for-Thought Paper on Possible Measures in Support of Serbia, 14. September 2006. http://www.bmaa.gv.at/up-media/2647_possible_measures_in_support_of_serbia.pdf (15. Februar 2007).

Fouréré, Erwan (2013). Thessaloniki ten Years on. Injecting Momentum into the Enlargement Process for the Western Balkans, CEPS Commentary, 16 May 2013.

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) (2011). Mölzer: Kroatiens EU-Beitritt ist von europäischer und regionaler Bedeutung, 26. Jänner 2011.

FPÖ (2012). FPÖ begrüßt kroatischen EU-Beitritt, fordert jedoch Restitutionsgesetz zugunsten vertriebener Altösterreicher, 4. Juli 2012.

FPÖ (2013). Mölzer: Serbien hat sich Beitrittsverhandlungen redlich verdient, 26. Juni 2013.

FPÖ (2013). Obermayr: Neue Studie belegt. Mehrheit der Österreicher lehnt weitere EU-Erweiterung ab!, 18. Oktober 2013.

Füle, Štefan (2010). The EU: A Force for Peace, Stability and Prosperity in Wider Europe, Colombia University, New York, 30 November 2010.

Die Grünen (2014). Lunacek: "10 Jahre Erweiterung beweist Erfolgsgeschichte der EU-Erweiterungsstrategie", OTS0069, 1. Mai 2014.

Haftendorn, Helga (1990). Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 21/1990, 31. Jg, 401-423.

Interview, 23. Juli 2009, BMeiA (Minoritenplatz 8, Wien).

Interview mit einer/m MitarbeiterIn beim BMeiA per E-Mail, 22. September 2009.

Jakobsen, Peter, Viggo (2009). Small States, Big Influence. The Overlooked Nordic Influence on the Civilian ESDP, in: Journal of Common Market Studies, 47(1), 81-102.

Jandl, Gerhard (1996). Vielschichtige Nachbarschaft. Überlegungen zu außenpolitischen Optionen Österreichs im Bereich des ehemaligen Jugoslawien, in: Österreichische Monatshefte, 6-7/1996, 17-24.

Jandl, Gerhard (2003). Die Beziehungen der EU zu Südosteuropa. Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess: Eine Betrachtung aus politischer Sicht, Graz.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1999). Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozeß für die Länder Südosteuropas: Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Bundesrepublik Jugoslawien, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Albanien, KOM(1999)235, 26.05.1999.

Koukal, Jan (2007). Die Tschechische Republik als europäischer Partner und mitteleuropäischer Nachbar, Vortrag an der Diplomatischen Akademie Wien, 29. Jänner 2007. http://www.da-vienna.ac.at/UserFiles/recent_lectures/koukal.pdf (27. November 2009).

Kramer, Helmut (2006). Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005), in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.) Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, 807-837.

Lang, Kai-Olaf (2006). Anatomie einer Zurückhaltung. Deutschland und die Visegrád-Gruppe, in: Osteuropa, 56(10), 5-13.

Luif, Paul (1995). Österreich, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.). Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/95, Bonn.

Luif, Paul (2005). Internal Security, in. Takako *Ueta* (ed.). Report of the Conference at ICU in Tokyo (January 10th, 2005). The First EUIJ International Conference. The New Frontier of the European Union, 193-206.

Luif, Paul (2006). Österreich und die europäische Union, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.) Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, 862-883.

Luif, Paul (2007a). Österreich, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.). Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, Baden Baden, 375-380.

Luif, Paul (2007b). Die Zusammenarbeit in Mitteleuropa als Element der österreichischen EU-Politik, Wien.

Moravcsik, Andrew (1993). Preferences and Power in the European Community. A Liberal Governmentalist Approach, in. Journal of Common Markt Studies, 31(4), 473-524.

Moravcsik, Andrew (1998). The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht, Ithaca.

Moravcsik, Andrew/Milada Anna *Vachudova* (2003). National Interest, State Power, and EU-Enlargement, in: East European Politics and Society, 17(1), 42-57.

Nugent, Neil (2004). The EU and the 10 + 2 Enlargement Round. Opportunities and Challenges, in. Neil *Nugent* (ed.). European Union Enlargement, Basingstoke/New York, 1-21.

Oesterreichische Nationalbank (OeNB) (2014). Stand der österreichischen Direktinvestitionen im Ausland nach der Region, letzte Änderung am 28.01.2014. http://www.oenb/isaweb/report.do?report=950.3

http://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=950.3 (23.03.2015).

Panke, Diana (2010). Small States in the European Union. Coping with Structural Disadvantages, Farnham/Burlington.

Die Presse, 1. Oktober 2005. ("Kroatien: 'Bin enttäuscht, dass Gotovina noch frei ist"). http://www.diepresse.com/textversion_article.aspx?id=509972 (1. Oktober 2005).

Die Presse, 3. Oktober 2005. ("Türkei-Verhandlungen drohen wegen Österreich (sic!) zu platzen). http://www.diepresse.com/textversion_article.aspx?id=510409 (3. Oktober 2005).

Die Presse, 4. Oktober 2005a. ("Kroatien, Flandern und ein Nervenkrieg"). http://www.diepresse.com/textversion_article.aspx?id=510467 (4. Oktober 2005).

Die Presse, 4. Oktober 2005b. ("EU und Türkei einig. Beitrittsverhandlungen starten"). http://www.diepresse.com/textversion_article.aspx?id=510409 (4. Oktober 2005).

Die Presse, 11. März 2006 (Plassnik: "Ohne Balkan bleibt europäische Einigung Stückwerk). http://www.diepresse.com/textversion_article,aspx?id=544882 (12. März 2006).

Die Presse, 14. März 2006 (EU-Erweiterung: Front gegen Neue). http://www.diepresse.com/textversion_article,aspx?id=545193 (14. März 2006).

Die Presse, 23. April 2010 (Martonyi: "Wir müssen ganz Ungarn reanimieren"). http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/560524/Martonyi_Wir-mussen-ganz-Ungarn-

reanimieren?direct=561025&_vl_backlink=/home/politik/aussenpolitik/561025/index.do&sel Channel= (20. Dezember 2013).

Das Programm der österreichischen EU-Präsidentschaft 1998, in: BMaA (Hg.). Österreichische außenpolitische Dokumentation: Sonderdruck Erste Präsidentschaft Österreichs in der Europäischen Union-1. Juli-31. Dezember 1998, Wien, 36-70.

Rat Allgemeine Angelegenheiten, Ehemaliges Jugoslawien Schlussfolgerungen des Rates, 26. Februar 1996.

Rat Allgemeine Angelegenheiten, Anlage III zu ehemaligem Jugoslawien. Schlussfolgerungen des Rates über die Anwendung der Konditionalität im Hinblick auf die Entwicklung einer kohörenten Strategie der EU für die Beziehungen zu den Ländern in der Region, 29. April 1997.

Rat der Europäischen Union (2007). Mitteilung an die Presse 2780. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, Außenbeziehungen), Brüssel, 6039/07 (Presse 18), 12. Februar 2007.

Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode, 28. Februar 2003.

Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode, 9. Jänner 2007.

Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, 20. Dezember 2008.

Rohan, Albert (1997). Entwicklungen auf dem Balkan aus österreichischer Sicht, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Alfred Stirnemann (Hg.). Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996, Verlag für Geschichte und Politik-Wien, 523-543.

Rohan, Albert (1999). Vortrag des Generalsekretärs des Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Albert Rohan. "Kosovo: Krieg oder Frieden?", Wien. 23. Juni 1999, in: *BMaA* (Hg.). Außenpolitische Dokumentation, Nr. 4/99, September 1999, Wien, 119-127.

Růžička, Jan/Michal Kořan (2006). Totgesagte leben länger. Die Visegrád-Gruppe nach dem EU-Beitritt, in: Osteuropa, 56(10), 27-39.

Saito, Jun (2014). Österreich in der Europäischen Union, in: Philipp *Strobl* (Hg.). Österreich in der Zweiten Republik. Ein Land im Wandel, Hamburg, 89-101.

Salzburger Erklärung, 11. März 2006.

Schimmelfennig, Frank (2001). The Community Trap. Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union, in: International Organization, 55(1), 47-80.

Schimmelfennig, Frank (2004). Liberal Intergouvenementalism, in: Antje Wiener/Thomas Diez (eds.). European Integration Theory, Oxford/New York, 75-94.

Schimmelfennig, Frank/Ulrich Sedelmeier (2002). Theorizing EU Enlargement. Research Focus, Hypothesis and the State of Research, in. Journal of European Public Policy, 9(4), 500-528.

Schüssel, Wolfgang (1997). Vortrag des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten, Vizekanzler Wolfgang Schüssel, vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik. "Eine neue Friedensordnung für Europa", Wien, am 30. April 1997, in: *BMaA* (Hg.). Österreichische außenpolitische Dokumentation, Nr. 3/97, Juni 1997, Wien, 10-20.

Schüssel, Wolfgang (1998). Rede des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten, Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel, vor der Internationalen Albanienkonferenz, Tirana, am 30. Oktober 1998, in: *BMaA* (Hg.). Außenpolitische Dokumentation, Nr. 6/98, Dezember 1998, Wien, 153-159.

Der Standard, 12. Februar 2007 ("Österreich setzt sich ein für Verhandlungen mit Serbien"). http://derstandard.at/2764297 (31. Oktober 2014).

Der Standard, 18. Dezember 2013. ("Menschenrechtspooitik wieder intensivieren", 4).

Steinhilber, Jochen (2006). Liberaler Intergouvernementalismus, in: Hans-Jürgen Bieling/Marika Lerch (Hg.). Theorien der Europäischen Integration, Wiesbaden, 169-196.

Stenographisches Protokoll, XXII. GP, NR, 1. Sitzung, 20. Dezember 2002.

Stenographisches Protokoll, XXII. GP, NR, 115. Sitzung, 6. Juli 2005.

Stenographisches Protokoll, XXIII. GP, NR, 13. Sitzung, 7. März 2007.

Stenographisches Protokoll, XXIII. GP, NR, 16. Sitzung, 22. März 2007.

Stenographisches Protokoll, XXIII. GP, NR, 30. Sitzung, 6. Juli 2007.

Stenographisches Protokoll, XXIII. GP, NR, 46. Sitzung, 30. Jänner 2008.

Stenographisches Protokoll, XXIII. GP, NR, 59. Sitzung, 8. Mai 2008.

Stern, 20. Juni 2008. ("Keine EU-Erweiterung ohne Reformvertrag"). http://www.stern.de/politik/ausland/eu-gipfel-keine-eu-erweiterung-ohne-reformvertrag-624678.html (23. Dezember 2013).

Thorhallsson, Baldur/Anders *Wivel* (2006). Small States in the European Union. What Do We Know and What Would Like to Know?, in: Cambridge Review of International Affairs, 19(4), 651-668.

Ueta, Takako (2000). Oshu Anzen Hosho Kyoryoku Kiko (OSCE) no Funso Boshi to Isutanburu Syuno Kaigi, in: *Journal of World Affairs*, 48(3), 129-148.

Ueta, Takako (2001). Oshu Anzen Hosho Taisei no Henyo. Oshu Anzen Hosho Kyoryku Kiko (OSCE) no Yakuwari to Osutoria, in: *Tokai Daigaku Heiwa Senryaku Kokusai Kennyujo* (Hg.): Osutoria. Togo sono Yume to Genjitsu, Tokio, 73-86.

Ueta, Takako (2003). Kita Taiseiyo Joyaku Kiko, in: Takako *Ueta* (Hg.): Gendai Yoroppa Kokusai Seiji, Tokio, 21-46.